

Meuterei der Matrosen 1918 – Fanal der Revolution und Trauma der Marine

Michael Epkenhans, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr in Potsdam

Der „Krach“ geht los

„Es sind große Dinge passiert“ - mit diesen Worten leitete ein Matrose von „B 97“, einem Torpedoboot der Hochseeflotte, einen Brief ein, den er am 31. Oktober 1918 aus Wilhelmshaven an seine Eltern schickte und der wenige Tage später in der Zeitung seiner Heimatstadt im Bergischen Land veröffentlicht wurde. Darin beschrieb er die Ereignisse im Hauptstützpunkt der Flotte in den Tagen zuvor. Von diesen hatte er anfänglich nur wenig mitbekommen, denn die Torpedoboote lagen abseits von den großen Schiffen auf Reede. Am Morgen des 31. Oktober hatte der Chef der Habflottille dann vor seiner Besatzung eine Rede gehalten, „die ich in meinem Leben nicht vergessen werde. Es wäre etwas Trauriges passiert, auf allen Geschwadern hätte die Besatzung verschiedener Schiffe den Gehorsam verweigert. Als die Flotte auslaufen sollte, hätten die Mannschaften den Feuerlöschapparat angestellt, so dass in allen Kesseln das Feuer ausging. (...) Man fragte sie nach dem Grund, worauf sie antwortete, sie würden sonst keinen Befehl verweigern, aber unter keinen Umständen auslaufen. Sie wollten den Verzweiflungskampf der deutschen Flotte nicht mitmachen.“ Der Kommandant des Linienschiffs S.M.S. „Thüringen“, so fuhr er fort, habe gesagt: „Wir verfeuern unsere letzten 2000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen.“ Darauf haben sie (die Soldaten) zu ihm gesagt, er solle allein losfahren und nun ging der Krach los.“ Auch wenn „B 97“ wie andere Torpedo- und U-Boote in den folgenden Stunden dazu beitrug, durch die Androhung, die von Meuturern besetzten Schiffe wie S.M.S. „Thüringen“ zu versenken, dazu beitrug, die Meuterei zunächst zu unterdrücken, austreten konnten sie das in den Tagen zuvor entfachte Feuer damit nicht mehr. Zweck“, so berichtete er, hätten die Meuterer ja erreicht, „die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsere Zeit kommt bald oder der Friede muß bald kommen. Sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit - wenn nur die Armee und das Volk

bald folgt.“ Schneller als er es selbst erwartet hatte, sollten sich seine Hoffnungen erfüllen. Wie war es aber zu dieser dramatischen Zuspitzung der Lage überhaupt gekommen?

Das Eingeständnis der Niederlage und dessen Folgen für die Flotte

Die Ereignisse in Wilhelmshaven sind der Endpunkt einer Entwicklung, die im Frühjahr unter ganz anderen Vorzeichen begonnen hatte. Mit einer großen Offensive hatte das Deutsche Reich versucht, im Westen den Krieg siegreich zu beenden. Trotz großer Erfolge war diese Offensive wie auch alle folgenden Vorstöße im Sommer gescheitert. Seit August drängten die Alliierten die deutschen Truppen immer weiter zurück auf die Reichsgrenze. Der Zusammenbruch der Verbündeten – Bulgariens, Österreichs und des Osmanischen Reiches – führte dazu, dass die Oberste Heeresleitung am 29. September 1918 die Reichsleitung drängte, Verhandlungen über einen baldigen Waffenstillstand einzuleiten, um eine militärische Katastrophe zu verhindern.

Das Eingeständnis der Niederlage war verknüpft mit einem grundlegenden Wandel im Innern. Aus einer konstitutionellen Monarchie, in der Kaiser, Reichsleitung und Armee aufgrund der besonderen Konstruktion der Reichsverfassung jedoch eine vom Reichstag nur schwer angreifbare Stellung hatten, sollte nun eine parlamentarische Monarchie nach englischem Muster werden. Damit wollten die alten Eliten einerseits die Verantwortung für die Folgen der Niederlage den Linken in die Schuhe schieben. Spätestens jetzt nahm die spätere „Dolchstoß“-Lüge Konturen an. Andererseits sollten damit die Alliierten milde gestimmt werden. Die Zerstörung des preußischen Militarismus und die Errichtung eines demokratischen Systems gehörten spätestens seit 1918 zu deren Kriegszielen.

Für die Marineführung waren die Forderungen der Armee nach einem Waffenstillstand eine Überraschung. Mitte August hatte sie erst eine Seekriegsleitung mit Admiral Scheer an der Spitze gebildet. Der „Sieger vom Skagerak“ sollte die internen Rangeleien beenden und die eigenen Kriegsanstrengungen verstärken. So sollte mithilfe eines „Scheer“-Programms die Zahl der U-Boote bis 1920 (!) gewaltig erhöht werden. Nach den Rückschlägen im U-

Bootkrieg hoffte die Seekriegsleitung, diesen – und damit den Krieg – doch noch gewinnen zu können.

Die Bitte um Waffenstillstand durchkreuzte aber nicht nur die hochfliegenden Pläne Scheers. Vielmehr war zu erwarten, dass die Alliierten die sofortige Einstellung des verhassten U-Bootkrieges, vielleicht sogar die Auslieferung der Flotte verlangen würden. Im Gegensatz zum Heer, das trotz drohender Niederlage vier Jahre erfolgreich gekämpft, große Landstriche im Westen besetzt und im Osten sogar einen beeindruckenden Sieg errungen hatte, hätte die Marine dann kaum etwas vorzuweisen.

Pläne für einen „ehrvollen Kampf der Flotte“

Bereits in den ersten Oktobertagen, als die Regierung umgebildet und der Kontakt mit den Alliierten aufgenommen worden war, begann die Marine daher, einen letzten Einsatz zu planen. Kampflös wollte sie das Ende des Krieges nicht hinnehmen. Die Motive dafür lagen auf der Hand: „Der Ausgang des Krieges“, so hatte der Stabschef der Hochseeflotte, Kapitän zur See v. Trotha, bereits im März 1918 erklärt, „entscheidet mit der Anerkennung der Seegeltung Deutschlands auch über die Zukunft der Marine.“ Diese Gedanken waren seit Kriegsbeginn Allgemeingut unter den Seeoffizieren. Als nun die Niederlage drohte, galt es zu handeln. Wieder war es Trotha, der die entscheidende Denkschrift vorlegte. Am 6. Oktober 1918 empfahl er in seinen „Überlegungen in ernster Stunde“ nach Durchspielen verschiedener Optionen einen Einsatz, wenn „unsere Flotte sonst einem schmachvollen Ende entgegengeht. Der Flotte steht ein solcher Schlussskampf als höchstes Ziel vor Augen, um nicht diesen Krieg beschließen zu müssen, ohne dass die in ihr steckende nationale Kraft voll zur schlagenden Wirkung gekommen ist.“ Viel wichtiger erschien ihm jedoch ein anderes Motiv: „Aus einem ehrenvollen Kampf der Flotte, auch wenn er ein Totenkampf wird in diesem Kriege, wird – wenn unser Volk nicht überhaupt national versagt – eine neue deutsche Zukunfts-Flotte hervorwachsen; einer durch schmachvollen Frieden gefesselten Flotte ist die Zukunft gebrochen.“ Deutlicher konnte Trotha den Zusammenhang von Kriegsende, End-, vielleicht sogar „Totenkampf“, Ehre der Seeoffiziere und Zukunft der Marine nicht formulieren.

Und auch wenn, wie ein anderer hoher Marineoffizier schrieb, der Einsatz der Flotte „glatter Hazard“ war, so wurde dieser seit Mitte Oktober geplant. Der „Operationsbefehl Nr. 19“, so dessen offizielle Bezeichnung, sah einen Angriff auf den Schiffsverkehr im Kanal und vor der Themsemündung vor. Dadurch sollte die Grand Fleet zu einem Vorstoß veranlasst werden. Geschwächt durch neue Minenfelder und U-Boote auf dem erwarteten Vormarschweg sollte diese dann bei Terschelling auf die Hochseeflotte stoßen. Dort hoffte die Hochseeflotte dem Gegner möglichst große Verluste zuzufügen, bevor sie ganz oder in Teilen unterging.

Militärisch machte dieses Vorhaben angesichts der Gesamtlage wenig Sinn; darüber waren sich Scheer und Vizeadmiral Ritter von Hipper, der Chef der Flotte, einig. Hipper ging auch davon aus, dass er nicht mehr zurückkommen würde. Aber darum ging es nicht. Die Marine wollte vielmehr ein weithin sichtbares Zeichen setzen und damit ihre „Ehre“ und die Zukunft der Flotte retten. Die Tatsache, dass Kaiser und Kanzler in diesen Tagen von dem Vorhaben bewusst vage informiert wurden – letzteren, so ein hoher Seeoffizier, ginge es „auch gar nichts an“ – machte aus dem Vorhaben zugleich eine „Admiralsrebellion“. Die verantwortlichen Admirale, nicht die Meuterer, waren die eigentlich Schuldigen an den Ereignissen, wie ein Mitglied der USPD, Wilhelm Dittmann, bald zu Recht behaupten sollte. Denn sie verstießen gegen Geist und Buchstaben der neuen Reichsverfassung, die am 28. Oktober, also einen Tag vor dem Vorstoß in Kraft getreten war. Ohne Zustimmung des Kabinetts, dies hatte Wilhelm II. Scheer persönlich erklärt, durfte nichts mehr unternommen werden.

Die Entlassung Ludendorffs, der Mitte Oktober wieder optimistisch in die Zukunft blickte und zu einer Wiederaufnahme der Kämpfe aufgerufen hatte, hätte eigentlich eine Warnung sein sollen. Scheer, der in diesen Stunden in Berlin weilte, betrachtete diese aber eher als Ermutigung, jetzt erst recht alles auf eine Karte zu setzen. Noch im Zug zurück ins Große Hauptquartier unterschrieb er den Operationsbefehl.

Warum meutern die Matrosen?

Ohne dass Scheer oder alle anderen Verantwortlichen dies geahnt hätten, löste dieser Befehl Unruhen aus, die zunächst die Marine, dann das Kaiserreich revolutionierten. Nur wenige Stunden nach Beginn der Sitzung, in der Hipper, die Kommandanten über die bevorstehende Operation unterrichtete, meldeten die ersten Einheiten den Ausbruch von Unruhen. Dem Flottenchef blieb daher nichts anderes übrig, als das Unternehmen abzublasen.

Warum aber meuterten die Matrosen? Gehorsamsverweigerungen und Achtungsprobleme hatte es auch in den Tagen und Wochen zuvor schon gegeben, ohne dass die Kommandanten allerdings eingeschritten wären. Diese vertuschten sie, „um nicht in den Ruf schlechter Disziplin zu kommen“, so ein Marineoffizier. Die Ursachen waren vielfältig. Die Beziehungen zwischen Mannschaften und Offizieren waren seit Jahren gespannt. Als ungerecht empfundene Behandlung, häufige Schikanen, harte Strafen selbst bei geringen Verstößen, unzureichendes und zudem schlechtes Essen, wenig Freizeit oder Urlaub, aber auch fehlende Anerkennung für die eigene Opferbereitschaft durch die Offiziere hatten die Mannschaften zunehmend verbittert. Ihre Behandlung im Zeichen wachsender allgemeiner Not stand in krassem Gegensatz zu dem Alltag der Seeoffiziere an Bord. Diese lebten weiterhin in Saus und Braus, genossen alle möglichen Freiheiten. Fast ostentativ machten sie damit jeden Tag die Realität der Klassengesellschaft deutlich, die ein wesentliches Kennzeichen des Kaiserreichs überhaupt war. 1917 hatten die Seeoffiziere zudem deutlich gemacht, dass sie nicht im Traum daran dachten, ihr Verhalten zu ändern. Die Proteste, die sich im Juli/August 1917 dagegen entladen hatten, hatten sie mit drakonischen Strafen geahndet. Zwei Meuterer waren auf Befehl Scheers, des damaligen Flottenchefs, hingerichtet, zahllose andere zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Die Forderung nach Frieden, die 1917 ebenfalls laut geworden war, war neben dem allgemeinen Unmut über die Ungerechtigkeiten des Alltags, zunehmend aber auch der politischen und gesellschaftlichen Ordnung im Oktober 1918 ausschlaggebend, wie der oben zitierte Brief eines einfachen Matrosen zeigt. Die Bitte um Waffenstillstand war allgemein bekannt. Die Räumung Flanderns und die Rückkehr der dort stationierten U- und Torpedoboote sowie der dort

tätigen Werftarbeiter führten jedem deutlich vor Augen, dass der Krieg tatsächlich verloren war. Ein erneuter Einsatz der Flotte konnte aus der Perspektive der Matrosen daher nichts anders als der wahnwitzige Versuch einer Todesfahrt sein. In letzter Minute sterben wollten die Mannschaften jedoch nicht mehr, und schon gar nicht für jene Offiziere, die sie trotz erwiesener Bereitschaft für das Vaterland zu sterben wie selbst die Berichte der Kommandanten in der Skagerrak-Schlacht über die Opferbereitschaft der eigenen Besatzungen zeigen, den ganzen Krieg über so schlecht behandelt hatten.

Die Zahl der Meuterer auf den einzelnen Einheiten war höchst unterschiedlich; an ein Auslaufen war jedoch nicht mehr zu denken. Wenn das Stationskommando daher versuchte, für die Ereignisse bolschewistische Kräfte an Land verantwortlich zu machen, dann zeigte es einmal mehr, wie wenig realistisch es die Lage an Bord einschätzte. Hippers Versuch, durch einen Aufruf die Mannschaften zu besänftigen, das ganze Unternehmen als eine rein defensive Maßnahme darzustellen die Gerüchte über eine Todesfahrt als „Irreführungen“ zu bezeichnen, musste daher fehlschlagen. Allein die - wie bei offensiven Operationen üblich - bereits rot bemalten hinteren Schornsteine waren weithin sichtbare Zeichen dafür, dass die Flotte ein Gefecht und nicht nur eine Begleitoperation zum Schutz der Minensucher geplant hatte.

Immerhin gelang es, die Meuterer von den übrigen Mannschaften zu trennen. Hippers Versuch, am 30. Oktober mit Teilen der Flotte zu einem Vorstoß auszulaufen, verschärfte die Situation dann jedoch weiter. Erneute Befehlsverweigerungen wie auf SMS „Thüringen“ konnten nur unter Androhung der Versenkung durch eigene Torpedo- und U-Boote – wie von einem der Matrosen lebendig beschrieben – unterdrückt werden. Um die Sache weiter zu entspannen und allen Gerüchten über einen neuen Flottenvorstoß ein Ende zu machen, entschloss sich der Chef des III. Geschwaders, Vizeadmiral Kraft, mit seinen Einheiten nach Kiel zu laufen. Diese Entscheidung sollte sich alsbald als grandiose Fehlentscheidung erweisen.

Umsturz in Kiel

Mit dem Einlaufen des Geschwaders in Kiel am 1. November überschlugen sich die Ereignisse. Während Admiral Kraft zunächst den Eindruck erweckt hatte, durch Entgegenkommen die Lage zu beruhigen, zeigte er beim Einlaufen in Kiel unerwartete Härte. So ließ er unverzüglich zahlreiche Meuterer verhaften und in das örtliche Gefängnis überführen. Dadurch löste er jedoch eine Welle von Unruhen aus, die schließlich in offene Straßenkämpfe mündeten. Damit sich 1917 nicht wiederholen würde, versammelten sich zahlreiche Matrosen im Gewerkschaftshaus und forderten die Freilassung der inhaftierten Kameraden. Doch nicht nur die Zahl der demonstrierenden Matrosen wuchs ungeachtet aller weiteren Verhaftungen stetig. Parallel nahm die Politisierung des Protests zu. Am 2. November rief der Matrose Karl Artelt, ein Anhänger der USPD, für den Folgetag zu einer großen Volksversammlung auf. Durch die Verhaftung weiterer Matrosen und einen Stadtalarm, der die Mannschaften an Bord halten sollten, wollten die Verantwortlichen die Verbindung von Matrosen und unzufriedenen Arbeitern verhindern. Diese Rechnung ging nicht auf. Mehr als 6000 Menschen, die meisten davon Matrosen, forderten auf einer Versammlung unter dem Beifall der Bevölkerung Frieden, Freiheit und Brot. Als sich die Demonstranten anschließend in die Stadt marschierten, und sich ein Teil der Matrosen dabei bewaffnete, um das Gefängnis zu stürmen und die inhaftierten Matrosen zu befreien, kam es zum Schusswechsel mit loyalen Einheiten. Sieben Tote und 29 Verletzte blieben zurück.

Der neue Stationschef, Vizeadmiral Souchon, glaubte, damit wieder die Kontrolle über die Stadt zu haben. Herbeigerufene Husaren aus Wandsbek werden zurückgeschickt. Das Auslaufen des III. Geschwaders sollte die Lage weiter beruhigen.

Diese Hoffnung erwies sich als Irrtum. Noch in der Nacht kam es zu weiteren Unruhen. Arbeiter der Kieler Werften traten in den Streik; die I. Marine-, dann auch die I. Torpedodivision schlossen sich den Meuterern an. Bereits am Mittag des 4. November musste der Kieler Stadtkommandant, Kapitän zur See Heine, melden, dass „die militärischen Machtmittel zur Unterdrückung

der Meuterei erschöpft“ seien. Auch alle übrigen Kieler Einheiten liefen nun über. Gleiches galt für zwischenzeitlich eingetroffene Armeeeinheiten.

Parallel hatten Verhandlungen zwischen dem Stationschef, Vizeadmiral Souchon, und den Meuterern, Vertretern der örtlichen Parteien und der Gewerkschaften begonnen. Auffallend war, dass die Soldaten inzwischen einen Soldaten-, die streikenden Arbeiter einen Arbeiterrat gebildet hatten. Deren Vertreter nahmen an den Verhandlungen ebenso teil wie die aus Berlin entsandten Reichstagsabgeordneten Gustav Noske (SPD) und Conrad Haußmann (Fortschrittliche Volkspartei) als Vertreter der neuen Regierung teil. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war eine 14 Punkte umfassende Vereinbarung. Im Vorfeld laut gewordene Forderungen nach Abdankung des Kaisers, des Endes aller Monarchien und der Errichtung einer freien Volksrepublik oder einer Wahlrechtsreform fanden sich darin nicht wieder. Noske und Haußmann hatten erklärt, diesen aufgrund mangelnder Befugnisse nicht zustimmen zu können. Gleichwohl signalisierten die Kieler „14 Punkte“ vom 5. November, dass es den Soldaten um mehr als nur die Freilassung und der inhaftierten Kameraden und eine Amnestie, das Verhindern eines neuen Flottenvorstoßes oder ein Ende der Schikanen durch Vorgesetzte während bzw. außerhalb des Dienstes ging. Forderungen nach „vollständige(r) Rede- und Pressefreiheit“ oder nach Freilassung aller politischen Gefangenen zeigten die allgemein politische Dimension der „14 Punkte“ ebenso wie die Bindung aller Beschlüsse an die Zustimmung des Soldatenrates ließen erkennen, dass es um mehr als nur unmittelbare Belange in der gegenwärtigen Situation ging.

Die Hoffnung, damit die Lage beruhigen zu können, erfüllte sich nicht. Als die Meuterer nach der Kontrolle über die Stadt diese am 5. November auch auf die im Hafen liegenden Kriegsschiffe ausdehnen und diese mit dem Aufziehen der roten Fahne symbolisch sichtbar deutlich machen wollten, ließen die meisten Offiziere dies auch widerstandslos geschehen. Von den Massenprotesten, aber auch dem nachgiebigen Verhalten des eigenen Stationschefs demoralisiert, hielten die meisten Widerstand für sinnlos. Allein auf dem Linienschiff SMS „König“ kam es bei dem Versuch, das Hissen der roten Fahne

mit der Waffe in der Hand zu verhindern, zu einer Schießerei. Dabei starben zwei Offiziere; der Kommandant überlebte schwerverletzt. Der Kieler Stadtkommandant, Kapitän zur See Heine, starb beim Versuch, diesen in seiner Wohnung festzunehmen, unter nicht geklärten Umständen bei einem Schusswechsel. Ansonsten räumten die alten Gewalten jedoch alle ihre Posten. Auch der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, der im Kieler Schloss residierte, floh, als einfacher Matrose verkleidet und mit roter Fahne an seinem Auto am gleichen Tage mit seiner Familie auf sein Gut Hemmelmark bei Eckernförde. An der Levensauer Hochbrücke über den Kaiser Wilhelm-Kanal schossen meuternde Matrosen auf den Wagen des Prinzen. Dabei starb ein Matrose, der auf dem Trittbrett seines Wagens um Mitfahrt gebeten hatte; seine Frau wurde durch einen Streifschuss verletzt.

Revolution

Der Anschein, mit der Vermittlung zwischen Meuterern und dem Stationskommando durch Noske und Haußmann die Unruhe in geordnete Bahnen lenken zu können, trog. Folgenreich war jedoch Noskes Entscheidung, die meisten Matrosen zu beurlauben. Was als weitere Maßnahme zur allgemeinen Beruhigung gedacht war, beschleunigte den Zusammenbruch. Als „Sturmvoegel der Revolution“ verbreiteten die Matrosen innerhalb weniger Tage, manchmal von Stunden ihre Ideen, riefen zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten sowie zum Sturz des alten Regimes auf. Dessen Pfeiler brachen zusammen wie Kartenhäuser. Parallel zu dem Geschehen in Kiel hatten sich auch in Wilhelmshaven die Ereignisse zugespitzt. Auch dort waren Meuterer festgenommen worden. Auf dem Weg in ein Gefängnis im Hinterland befreiten diese sich jedoch auf dem Bremer Bahnhof. Am 9. November erreichte die revolutionäre Welle schließlich Berlin. Symbolisch bedeutsam marschierte ein Matrose mit roter Fahne auf der Straße Unter den Linden, umgeben von Bürgern und Arbeitern, Frauen und Kindern in Richtung Regierungsviertel. Auf Drängen des noch vom Kaiser ernannten Kanzlers übernahm der Vorsitzende der SPD, Friedrich Ebert, schließlich der Regierungsverantwortung. Wenig später rief der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Philipp Scheidemann, vom Reichstag aus die Republik aus. Am Ende eines siegreichen Krieges gegründet, ging das Kaiserreich nach kaum

mehr als 35 Jahren seines Bestehens am Ende eines verlorenen Krieges unter. So symbolträchtig dieses Geschehen war, so schicksalsschwer war, dass Karl Liebknecht, vom Balkon des Berliner Stadtschlusses wenig später die sozialistische Republik ausrief. Beides, bittere Niederlage und innere Spaltung unter deren „Erben“ sollten die Zukunft nachhaltig belasten.

Erinnerung

Die Erinnerungen an Meuterei und Revolution waren von Anfang an zwiespältig. Sie wurden überschattet von der Gewalt, die seit Ende Dezember 1918 jahrelang das Land überzog. Hinzu kamen die vielen Enttäuschungen. Viele fragten sich, ob man nicht mehr hätte erreichen können, um die Demokratie zu festigen, andere konnten nur mühsam ihre Enttäuschung über den Zusammenbruch des alten Regimes und ihren Hass auf die „Novemberverbrecher“ unterdrücken. 1933 setzten diese sich durch, nur um dann eine noch größere Katastrophe herbeizuführen. Im Zeichen des Gegensatzes zweier miteinander konkurrierender Ideologien blieb die Erinnerung auch nach 1945 zwiespältig. Was für die einen im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Parlamentarismus und Bolschewismus legitim erschien, war für die anderen nichts anderes als „Verrat an der Arbeiterklasse“. Nur langsam sollten sich diese Fronten auflösen und neuen, differenzierten Deutungen und damit anderen Formen der Erinnerung Platz machen.

„Nie wieder 1918“

Und die Marinen? Reichs- und Kriegsmarine betrachteten die Ereignisse von 1918 als einen Makel, den es zu tilgen galt. Nie wieder, so drückte es Großadmiral Erich Raeder in seinen „Erinnerungen“ aus, „nie wieder dürfe es einen November 1918 in der Marine geben – das sei der ‚stille Schwur‘ gewesen.“ Das, was er damit meinte, sollte schließlich furchtbare Folgen für die Marine haben, doch dazu später.

Zunächst einmal gilt es zu fragen, warum dieses Ereignis für die Marine so traumatisch war? Die Antwort darauf ist vergleichsweise einfach: In den 20 Jahren vor der Revolution war die Marine in einer Weise und mit einem Tempo aufgebaut worden war, das atemberaubend war. Die grauen Schiffe

des Kaisers waren die Chiffre, die mit der Größe und vor allem der glorreichen Zukunft des Reiches verbunden wurde. Nur die Marine, so suggerierte es der Kaiser in seinen Reden, so dachten aber auch viele Nationalökonom, Abgeordnete des Reichstages und die im Flottenverein versammelten Kleinbürger wurde aus dem machtvollen Kontinentalstaat ein Achtung gebietendes Weltreich machen. Entsprechend stolz hatten sich die Offiziere der Marine gefühlt. Sie verkörperten das neue, dynamische Deutschland, das in die Welt hinaus strebte und aus einer Kontinental- eine Weltmacht machen würde.

Dieses Versprechen hatten die Marine und ihre Offiziere jedoch in den Augen vieler Zeitgenossen während des Krieges nicht eingelöst. Doch wenn sie im Kriege versagten, so konnte dies auch bedeuten, dass die Marine gänzlich unnütz sei. Viele Heeresoffiziere hatten ihr seit Kriegsbeginn auch unverblümt vorgehalten, dass sie die Politik des Reiches nach außen belastet und mit ihrem ungeheuren Finanzbedarf im Innern genau jene Mittel verschleudert hätte, die zur Aufstellung weiterer Armeekorps und damit für den Sieg im Westen notwendig gewesen wäre.

Wie aber reagierten die Offiziere auf Meuterei und Revolution, wie gingen sie mit ihren Selbstzweifeln um? Einige Beispiele mögen diese Reaktionen illustrieren: Manche Offiziere waren tatsächlich krank oder schieden resigniert aus: „Mein Herz verträgt weder körperliche noch seelische Belastung; den Knacks, den mir die Revolutionszeit gab, habe ich immer noch nicht überwinden können“, notierte der Stabschef der Ostseestation in Kiel Konteradmiral Küsel, in diesen Monaten. „Körperlich geht es mir noch gut nach dem Zusammenbruch meiner Welt. Niemand kann sagen, was werden soll“, schrieb hingegen Hans Langsdorf, damals Kommandant des Minensuchbootes „M 76“, 20 Jahre später Kommandant des Panzerschiffs „Graf Spee“, am 11. November 1918 und sein Vater. Kapitänleutnant von Schweinitz dachte wiederum ganz anders: Bereits eine Woche zuvor hatte er in seinem Tagebuch festgehalten: „Wir sind alle tief bestürzt über die schmachvolle Meuterei in der Flotte. Die Leitung macht schlapp, wagt nicht mehr durchzugreifen.“ Typisch dürfte schließlich das sein, was Kapitänleutnant Karl Silex in seinen

„Lebenserinnerungen“ wie folgt beschrieb. „Dort (gemeint war Cuxhaven) hatte ich wie die meisten von uns ein möbliertes Zimmer, weil wir immer nur das nötigste an Kleidung und Unterwäsche auf unsere gefährlichen Seereisen mitnahm. In Cuxhaven schickte ich meinen Burschen an Land und ließ mir meinen einzigen Zivilanzug bringen. Ich verabschiedete mich im Mannschaftstag einzelnen von jedem Mitglied der Besatzung. Dann zog ich mich um, steckte meine beiden eisernen Kreuze in die Hosentasche und ging, nachdem bei Sonnenuntergang die rote Fahne auf dem Schiff verschwunden war, zum ersten Mal wieder an Deck und dann an Land. Eine Welt war zusammengestürzt, meine auch.“

Im Vergleich zu diesen diffusen Gefühlen des Versagt-Habens und des Nicht-Wissens, wohin es gehen sollte, waren selbstkritische Betrachtungen eher selten; sie überdauerten zudem nicht die Zeit. „Die Marine! Entsprungen aus dem Weltmachtdünkel!, verdirbt unsere auswärtige Politik 20 Jahre lang, hält ihre Versprechungen im Kriege nicht und entfacht nun den Umsturz!“, hieß es bei Korvettenkapitän Ernst v. Weizsäcker, dem Vater des späteren Bundespräsidenten in den Novembertagen. Und ein Vizeadmiral, Friedrich Boedicker, hielt fest: „Auf der Marine bleibt nun die Schande haften, dass bei ihr, und zwar aus Feigheit, die Revolution zuerst offenföhlbar wurde und sie zu ihrer Verbreitung wesentlich beigetragen hat.“

Einen „Makel“ beseitigen

Genau dies war es jedoch, das Gefühl der Schande, das die Marine anschließend umtrieb – und diesen Makel galt es zu beseitigen. Wie hat die Marine dies getan? An erster Stelle zu nennen ist hier der Versuch, der weiteren revolutionären Entwicklung, soweit möglich - und auch falls notwendig mit Waffengewalt - einen Riegel vorzuschieben. Wenn die Berliner Volksmarinedivision, die mit den Weihnachtskämpfen 1918 eine gewisse Beröhmtheit erlangt hat, die Speerspitze derjenigen war, die die Revolution weitertreiben wollten, so waren die beiden Marinebrigaden, Erhardt und von Löwenfeldt, bald jene Einheiten, die der Konterrevolution den Weg zu ebnen versuchten. Ihre Blutspur durchzieht die inneren Auseinandersetzungen in Deutschland in den Jahren 1919 und 1920. Auch wenn sie nach außen vorgaben, die Neu-

ordnung zu schützen oder, wie im Falle Ehrhardt 1920 – „legitime“ Interessen wahrzunehmen – sprich die Auflösung der Truppe infolge der Bestimmungen des Versailler Vertrages – zu hintertreiben, ging es ihnen doch im Kern darum, das Rad der Geschichte anzuhalten und so weit als möglich zurückzutreten. Die Rolle beider Brigaden während der Januarkämpfe 1919, des Kapp-Lüttwitz-Putsches in Berlin und Kiel wie auch während des Ruhraufstands spricht hier Bände.

Wie sehr die Erinnerung an 1918 und das damit verbundene Trauma der Katalysator für die Anwendung von Gewalt war, zeigt auch die Tatsache, dass unter den politischen Mördern der Weimarer Republik viele Marineoffiziere zu finden sind. So war der Mörder von Rosa Luxemburg ein Marineoffizier, zumindest nach Aussage eines Beteiligten, der Neffe von Vizeadmiral Souchon. Manch anderer schloss sich der „Organisation Consul“ an, weil er glaubte, durch die Ermordung führender Repräsentanten der Republik ein Zeichen setzen zu können. Zu ihren Führern gehörte der nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch verabschiedete Korvettenkapitän Ehrhardt; zu ihren bekanntesten Mördern gehörten die Kapitänleutnante Manfred von Killinger und Heinrich Tillessen. Nach zahlreichen gescheiterten Versuchen brachten sie im Sommer 1921 Matthias Erzberger um als Rache dafür, dass er den Waffenstillstand unterzeichnet und damit – so ihre verquere, von der „Dolchstoßlegende“ gespeiste Sicht – den Weg in die „Schande“ geebnet hatte.

Erinnerungspolitik

Wo sie konnte, machte die Marine zudem deutlich, dass sie gewillt war, die Vergangenheit zu rechtfertigen und in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. Die vielen Publikationen, zumal die vielen Prachtbände, die Diskussionen im Reichstagsuntersuchungsausschuss zur Dolchstoßlegende, in denen die Marine nun wieder sehr selbstbewusst auftrat, und die Enthüllung von Denkmälern sind dafür nur einige Beispiele. Alle diese Formen waren Aufarbeitung, Rechtfertigung und Botschaft für die Zukunft zugleich. Kaum etwas fasst diese jedoch so prägnant zusammen wie die Tafeln in der Marineschule, der Schmiede für die Seeoffiziere der Zukunft: „Nicht verzagen, wieder wagen, Seefarth ist noth“, heißt es beispielsweise auf diesen Tafeln,

die symbolträchtig am Skagerraktage 1923 enthüllt wurden. Sie sollten die Toten des Krieges, aber auch die der Nachkriegskämpfe (!) ehren, deren Sterben aber auch einen in die Zukunft gerichteten Sinn geben: „Exoriare aliquis ultor ex ossibus nostris“ (Einst wird sich aus unseren Gebeinen ein Rächer erheben“ – hieß es drohend am unteren Ende der Tafeln. Gleiches galt für das Ehrenmal, dessen Grundstein 1926 in Laboe gelegt wurde. Auch dieses war ein Zeichen der Trauer und des Willens zu einem erneuten Aufbruch zugleich.

Aus Fehlern lernen?

Es wäre allerdings ungerecht zu unterschlagen, dass die Marine auch versucht hat, aus dem Geschehen zu lernen. Sicher, es gab manchen, der auch zehn Jahre nach dem Desaster stolz auf das alte Selbstverständnis kaiserlicher Seeoffiziere war. Unter dem Gelächter der Anwesenden erzählte Kapitän zur See a.D. v. Bülow auf der Jahresversammlung der MOV 1928, was er am 9. November 1918 empfunden hatte: „Ich war gerade am 9. November frisch und unbekümmert aus meinem bisherigen äußerlich friedlichen Wirkungskreis in Wilhelmshaven angekommen, hatte an den Sorgen und Kümernissen des Flottenstabes nicht teilgenommen und war nur erstaunt, die Revolutionäre nicht nach englischem Muster an den Raaen baumeln zu sehen. Die Stimmung beim Essen war natürlich ernst und verbittert. Kein Wunder nach den Tagen! Nur ich konnte mich noch nicht hineinfinden und mühte mich ab, die Stimmung etwas zu heben und ein Wort der Ermutigung in die Unterhaltung zu werfen. Dazu gab es Mannschaftskost. Alle Achtung vor ihr! Aber das ‚Kosten‘ genügt mir. Ich hatte und habe nun mal keinen Matrosenmagen, ich arbeite auch nicht mit der Teerpütze und lade keine Granaten. Ich habe nie etwas von der ‚Gleichheit‘ gehalten und bleibe beim alten System der Unterschiede.“

Doch neben diesen, die einfach nicht dazulernen wollten, gab es auch jene, die klar erkannt hatten, dass sich im Innern etwas ändern musste, damit so etwas nicht noch einmal passiert. So hieß es in einer Ansprache des Chefs der Marineleitung, Admiral Bechncke, im Januar 1924: „Mit der Grundlage unserer Wehrverfassung, nach der der Soldat seinen als Ehrenpflicht anzu-

sehenden Dienst freiwillig übernimmt, ist es nicht vereinbar, dass seine Leitung so viele Strafen erfordert. Der Geist des freudigen Gehorsams und der freiwilligen, aus eigener Überzeugung geleisteten Unterordnung, muss mehr zum Ausdruck kommen.“

Zahlreiche „Winterarbeiten“ vertieften dieses Thema. Zu den bekanntesten gehört eine des damaligen Kapitänleutnants und späteren Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmuth Heye. In seiner Studie über den „Einfluss der 12-jährigen Dienstzeit auf Dienstbetrieb und Manneszucht“ plädierte Heye in Anlehnung an die Forderung Behnckes für einen neuen, moderneren Ansatz in der soldatischen Erziehung: Das freiwillige Vertrauen des Untergebenen zu seinem Vorgesetzten sei die Grundlage des Berufsheeres, daher müsse der einzelne Soldat in und außer Dienst mehr Selbstverantwortung tragen. „Ich erziehe ihn *nicht* dadurch, dass ich ihn mit Befehlen und Bestimmungen einenge, ihm die eigene Verantwortung nehme. Ich *will* heben oder erzeugen Ehrgefühl, Verantwortungsbewusstsein, Standesbewusstsein, dadurch soll entstehen Pflichtgefühl, Kameradschaft, Berufsfreude und Vertrauen in den, der mir Führer ist auf diesem Wege und Kamerad.“

Heyes Forderungen stießen zwar nicht auf ungeteilte Zustimmung, sie machten aber deutlich, dass sich die Marine Gedanken über das machte, was später als „Innere Führung“ Bedeutung gewinnen sollte. Wenn viele Marineoffiziere nach 1945 allerdings mit Stolz betonten, dass die Reichsmarine die Grundsätze der „Inneren Führung“ schon seit 1923 erarbeitet habe und auf diesem Gebiet dem Heer um Jahre voraus gewesen sei, dann übersahen sie einen zentralen Punkt: „Innere Führung“ beinhaltete nicht nur „zeitgemäße Menschenführung“, sondern forderte von jedem Soldaten auch, dass er sich als Bürger mit seinem demokratischen Staat identifiziert. Doch dies war ein Ziel, das sowohl Heeres- als auch Marineführung bis 1933 eben nicht anstrebten.

Neuer Anlauf zur See- und Weltmacht und Revision des Geschichtsbildes

Wie wenig von einer demokratischen Grundhaltung die Rede sein konnte, wurde deutlich, als die Marine sich 1933 dem NS-System andiente. Endlich, so würde es wieder möglich sein, nach Seemacht und damit nach Weltmacht zu streben. Doch so energisch die Marineführung dieses Ziel verfolgen sollte, so energisch setzte sie nun ein Zeichen gegen die Revolution 1918. Ursprünglich vom Regime geplante Schauprozesse gegen die „Novemberebrecher“ kamen nicht zustande, weil die Protagonisten wie Friedrich Ebert schon lange tot oder wie Philipp Scheidemann und Otto Wels bzw. der Vorsitzende des Kieler Arbeiterrates, Lothar Popp, gerade rechtzeitig ins Ausland geflohen waren. Karl Artelt, der die Revolution maßgeblich betrieben hatte, „reichte“ dann doch nicht, stand aber während der NS-Zeit ständig unter Gestapo-Aufsicht bzw. wurde zeitweilig inhaftiert. Symbolträchtig benannte sie zwei Zerstörer nach jenen Offizieren, die während der Kieler Unruhen ums Leben gekommen waren. Die Mörder führender Republikaner erhielten Gedenksteine, und die schwarz-rot-goldene Flagge, ohnehin nur in der Gösch versteckt, verschwand. Feierliche Skagerraktage und die Eröffnung des Marineehrenmals mit Reden, die vor Kraft strotzten und an Schwülstigkeit denen des Kaisers nicht nachstanden sollten nach Innen Mut machen, andeuten, dass es wieder „aufwärts“ ginge – „der Morgenröte“ entgegen, so Raeder 1936. Nach außen symbolisierten sie den Willen, erneut eine Seemacht aufzubauen und damit die Voraussetzung für den Status als Weltmacht.

Viel gravierender als das Anknüpfen an „alte“ Seemachtideologien, denen die Marine nun neues Leben einzuhauchen versuchte, war jedoch das von Raeder betonte „Nie wieder!“ Es beinhaltete, wie Raeder immer wieder deutlich machte, dass – erstens - die Marine im nächsten Krieg nicht wieder versagen, sondern bis zur letzten Granate kämpfen würden. „Die Überwasserstreitkräfte sind aber noch so gering an Zahl und Stärke gegenüber der englischen Flotte, dass sie – vollen Einsatz vorausgesetzt – nur zeigen können, dass sie mit Anstand zu sterben verstehen und damit die Grundlage für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen gewillt sind,“ notierte er programmatisch

und am 3. September 1939 im KTB der Seekriegsleitung. Die „Anleihen“ bei Scheers Planungen aus dem Herbst 1918 sind unübersehbar. Zweitens würde die Marine nie wieder meutern. Bis über das Kriegsende hinaus machten die Marinekriegsrichter mit ihren Todesurteilen deutlich, dass sie diesen Schwur ernst nahmen. Der Preis für dieses Festhalten an überlieferten Überzeugungen war die Mittäterschaft bei der Führung eines verbrecherischen Krieges, Massentod, Not, Elend und Zerstörung für Deutschland und weite Teile Europas zur Folge hatte.

Was nun?

Nach 1945 gab es zunächst keinen Anlass, sich seitens der Marine ausführlich mit Meuterei und Revolution auseinanderzusetzen. Es gab sie einfach nicht mehr. Insofern war die Umbenennung des Berliner Tirpitz- in Reichpietsch-Ufer zwar ein Zeichen der Abkehr von alten Idolen und deren Wert- und Zielvorstellungen und einer Hinwendung zu den Opfern der Geschichte. Wie wirkmächtig dieser von der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin beschlossene Akt war, muss offen bleiben.

Traditionsstiftung im Osten Deutschlands

Wenn, dann war er es nur für jenen Teil Deutschlands, der sich bald bewusst in die Tradition der Meuterer und Revolutionäre stellte – die 1949 gegründete DDR. So diffus deren Ideen auch waren, waren bald die Galionsfiguren, die Tradition und Identität stiften sollten. Lange vor der offiziellen Aufstellung der Volksmarine zierten bereits große Gemälde der roten Matrosen die Wände staatlicher Gebäude. Dem marxistischen Geschichtsbild folgend, waren sie die Vorbilder, an die es anzuknüpfen galt. Bürgerliche Freiheitskämpfer, die Demokratie forderten, taugten dazu nicht. Ihre Grundauffassungen waren mit einer Ideologie, die die Diktatur des Proletariats forderte, nicht vereinbar. In unzähligen Varianten hieß es in den Vorlagen der NVA zur Traditionsbildung: „Auf der Grundlage der Thesen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sollen den Armeeingehörigen wichtige Lehren der Novemberrevolution vermittelt werden: Die Frage der Macht, die Notwendigkeit der marxistisch-leninistischen Partei und des bewaffneten Schutzes der revolutionären Errungenschaften, die Bedeutung eines festen Bündnisses mit der So-

wjetunion und die Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus sowie vor allem auch des unversöhnlichen Kampfes gegen alle imperialistischen und revisionistischen konterrevolutionären Kräfte.“ Auch im Nachhinein, so hieß es an anderer Stelle, galt es daher „Partei“ zu ergreifen „für die Helden der Novemberrevolution“, um gestärkt zu sein in dem „Bewusstsein“, „aktive Mitgestalter des sozialistischen Zeitalters in Deutschland zu sein.“

Die Namen Nationale Volksarmee und Volksmarine waren daher Programm. Denkmäler für die roten Matrosen, Briefmarken, ein an geschichtsverfälschender Theatralik kaum zu überbietender Film - „Das Lied der Matrosen“ (1957) - und die Benennung von Einheiten der Volksmarine und deren Paraden vor Warnemünde zu den Jahrestagen hielten diese Erinnerung bis in den eigenen Untergang im November 1989 wach. Dass der Fall der Mauer auf den Tag der Revolution von 1918 war, war für viele alte Kader zweifellos eine bittere Ironie der Geschichte.

Und der Westen?

Im Westen konnte im Zeichen des Kalten Krieges, der aus der Sicht vieler eine Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und parlamentarischer Demokratie war, gar keine Rede davon sein, den Ereignissen vom Oktober/November 1918 etwas Positives abzugewinnen, zumindest soweit es die Revolutionäre betraf. Dies galt erst recht für die „Gründerväter“ der Bundesmarine. Viele hatten wie der erste Inspekteur, Vizeadmiral Friedrich Ruge, oder der erste Befehlshaber der Flotte, Rolf Johannesson, als junge Offiziere bzw. Kadetten die Meuterei hautnah und teilweise mit ihren dunklen Seiten erlebt. Auch nach vierzig Jahren konnten sie diesen Ereignissen nichts Positives abgewinnen, so sehr sie bereit waren, aus der Vergangenheit zu lernen. Die Großadmiralsfrage und die Frage der Beteiligung der Marine an einem verbrecherischen System „beschäftigte“, ja zerriss in mancher Hinsicht die Marine zudem für lange Zeit. Die Zenker-Rede machte die Probleme der Traditionsbildung zudem gleich zu Beginn deutlich. Die daran anschließende öffentliche Debatte hatte allerdings einen positiven Aspekt, der aus der Rückschau nicht ohne eine gewisse Ironie ist: Anstatt sich an den Großadmi-

ralen zu orientieren, empfahl sie die Helden des Ersten Weltkrieges – Speer, Scheer und Hipper. Und dies tat die Marine dann auch mit ihren ersten Schulfregatten.

Die Hoffnung, damit wenigstens zeitweise „Ruhe“ zu haben, erwies sich schneller als erwartet als Illusion. Als 1958 die „Falken“, die Jugendorganisation der SPD, eine Kranzniederlegung am Grabmal für Reichpietsch und Köbis in Köln-Wahn anmeldeten, holten die Ereignisse von 1917/18 die Marine wieder ein. Versuche, durch Kontakte zum SPD-Parteivorstand und deren Wehrexperthen, Behrmann, bereits im Vorfeld dafür zu sorgen, dass daraus keine größere Debatte entstehen würde, verliefen im Sande. Zwar versicherte Behrmann anfänglich, die SPD habe an einer Debatte kein Interesse; doch dann nutzte er die Gelegenheit, um in einer Rede in Glücksburg der Marine doch den Spiegel vorzuhalten. Reichpietsch und Köbis, nicht die Großadmirale oder andere „Helden“ der Marinegeschichte seien die Vorbilder, an denen sich die Bundesmarine zu orientieren habe. Damit löste er intern eine Debatte aus, die einmal mehr die Frage nach dem „Wie halte ich es denn nun mit ‚unserer‘ – gemeint war die Marine – Vergangenheit?“ Der demonstrative Auszug der Offiziere und Offizieranwärter unter Führung eines U-Boot-Asses, Kapitän Schuhart, nach dem Vortrag zeigte, wie tief die Gräben waren. Mit großer Verve wies die Marineführung einmal mehr den Vorwurf zurück, sich an den Großadmiralen zu orientieren. „In der Bundesmarine ist nicht bekannt,“ hieß es in einer Stellungnahme, „dass mit den beiden Admiralen ein Personenkult getrieben wird. Diese Vorstellung wird nur – und zwar in übelwollende Absicht – von außen hineingetragen. Als politische Persönlichkeiten unterliegen sie in gleichem Maße der Kritik, wie jeder im politischen Leben wirksam gewordener Mensch. Als militärische Führer der Reichs- und Kriegsmarine können ihren Namen aber nicht einfach ausgelöscht werden, und die Soldaten der Bundesmarine haben keinen Anlass, über die kämpferischen Leistung der Kriegsmarine im letzten Kriege geringer zu denken, als es die ehemaligen Gegner und heutigen Verbündeten tun.“

Und die Meuterer? Von diesen distanzierte man sich mit aller Deutlichkeit: „Das Vorbild für den Soldaten kann nur der Soldat sein, der im Kampf seine Bewährungsprobe abgelegt hat, zum Beispiel die Admirale Graf Spee,

Scheer und Hipper oder der Oberstückmeister Anton Heidkamp (von Seydlitz) im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg, seiner Eigenart entsprechend, die Führer und Kommandanten einzelner erfolgreicher und besonders kühn geführter Verbände oder Schiffe wie Commodore Ponte, Admiral Rogge (Kommandant eines Hilfskreuzes), Prien und seine Kameraden der U-Boot-Waffe, der Schreiber Smart Gerold als Einmantorpedofahrer und viele andere. Der Kämpfer ist das Vorbild für den Kämpfer.“

Für differenzierte Deutungen, die danach fragten, was die Meuterer tatsächlich gewollt hatten und welchen Anteil die Marineoffiziere einst für das Debakel gehabt haben, war angesichts der aufgeladenen Atmosphäre, aber auch angesichts des übergreifenden Systemgegensatzes kein Platz.

Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren, ja Jahrzehnten zunächst wenig. Die Verhältnisse an Bord wurden eher verniedlicht, der Flottenvorstoß für militärisch sinnvoll und die Revolution angesichts der eingeleiteten Oktoberreformen für eigentlich überflüssig erklärt.

Der 50. Jahrestag ging angesichts der Studentenunruhen an der Marine und der Öffentlichkeit vorbei; es bestand daher auch kein Handlungsbedarf, Stellung zu beziehen. Dass die DDR und ihre Marine dies mit viel „Tamtam“ taten, störte nicht; im Gegenteil, es bestärkte die eigene Deutung, dass die Meuterer eben keine Demokraten, sondern Bolschewisten gewesen seien – und diese konnten natürlich keine Vorbilder sein.

Erst 1978 war die Bundesmarine – nolens volens gezwungen, wieder Stellung zu beziehen. Anlass war die Absicht der Stadt Kiel, aus Anlass des 60. Jahrestages der Revolution einen Festakt und ein wissenschaftliches Symposium zu veranstalten. An einer Teilnahme kam die Marine daher eigentlich nicht vorbei. Die Briefe, die damals zwischen Stadt Kiel, dem zuständigen Territorialkommando und dem FüM hin- und hergingen werfen auch heute noch ein interessantes Schlaglicht auf das in weiten Marinekreisen vorherrschende Verständnis von der Revolution. Der zuständige Befehlshaber, Admiral Benzino, argumentierte dabei: „Sowohl in der Ratsversammlung zwi-

schen den einzelnen Fraktionen als auch in der Öffentlichkeit ist man über die Aktivitäten, die von Seiten der Stadt Kiel um die Ereignisse des Novembers 1918 unternommen werden sollen, durchaus geteilter Meinung. Hierbei geht es nicht nur um die nicht unerhebliche Ausgabe öffentlicher Mittel zur Förderung und Durchführung der geplanten und zum Teil auch bereits durchgeführten Maßnahmen. Vielmehr ergaben sich bereits scharfe Kontroversen darüber, dass die Hintergründe der damaligen Meuterei der Marine-soldaten in ihrer Darstellung verfälscht wiedergegeben und im Nachhinein eine politische Zielsetzung im Sinne einer Ursprungsstunde der Demokratie unterstellt wird. Es ist kaum zweifelhaft, dass hinter dem Kieler Vorhaben sehr vordergründige politische Motive stehen, wobei die etwas schillernde Begründung, lediglich historische Vorgänge nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und sie aus dem heutigen Abstand kritischer und gerechter zu beurteilen, nicht hinwegtäuschen sollte. Die Traditionspflege, die in der Volksmarine der DDR unter den Namen Max Reichpietsch und Albin Köbis betrieben wird, spricht allein schon dafür, dass aus der Meuterei von 1918 zu unserer freiheitlichen Demokratie keine Verbindung abgeleitet werden kann, wobei sich historisch leicht nachweisen lässt, dass die markanten Matrosen selbst seinerzeit überhaupt keine politischen Ziele, geschweige denn ein Konzept für ein demokratisches Deutschland hatten. Solche Leitbilder, die die kommunistischen Machthaber der DDR ihren Soldaten aufzwingen, dürften kaum dazu geeignet sein, hier eine offizielle Würdigung zu erfahren. Es erschien mir wesentlich sinnvoller und aktueller, stattdessen die meines Erachtens stiefmütterlich behandelten Ereignisse des 17. Juni 1953 als Markstein im Ringen um Recht, Freiheit und Demokratie im Bewusstsein unserer Bürger wach zu halten. Dagegen muss man leider den Eindruck gewinnen, dass es sich bei den geplanten Kieler Aktion um einen Teil des antimilitaristischen Kampfes handelt, dessen geistige Urheber und deren wirkliche Ziele ich nicht näher beschreiben muss sicherlich müssen wir uns unserer Geschichte stellen und uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Dabei dürfen wir auch nicht an den dunklen Punkten einfach vorbeigehen. Die Meuterei von November 1918 in Kiel aber heute als eine Art Geburtsstunde unserer Demokratie und damit einen zu würdigen dringenden Beitrag Kiels zur deutschen Geschichte darzustellen, erscheint mir im Interesse der histo-

rischen Wahrheit unangebracht.“

Deutlicher konnte man seine Vorbehalte kaum vorbringen. Das Dilemma war allerdings, dass die öffentliche Debatte und die Forschungen der Historiker die Ereignisse inzwischen doch anders, differenzierter beurteilten. Anders als häufig unerstellt, galten die Meuterer und Revolutionäre von 1917/18 nicht mehr pauschal als Bolschewisten. Im Gegenteil, die Mehrheit war ursozialdemokratisch. Hinzu kam: Die letzten überlebenden Zeitzeugen – egal ob Mannschaftsdienstgrad oder Offizier - zeichneten doch ein anderes Bild. Gleiches taten die verfügbaren Quellen, allen voran das nunmehr zugängliche KTB der Seekriegsleitung. Jüngere Marinehistoriker hatten sich zudem von dem Ehrenkodex der alten gelöst, warfen einen nüchternen Blick auf die Vergangenheit.

In dieser Situation versuchte der Inspekteur, Vizeadmiral Luther, einen regelrechten Spagat. Ein Marinehistoriker durfte die Marine vertreten, allerdings nur in Zivil, gleichsam um deutlich zu machen, dass man der historischen Wahrheit nicht ausweichen wollte. Intern verteidigte man aber die alte Linie so gut es ging. Dabei spielten einmal mehr Argumente eine Rolle, die nur aus der besonderen Sozialisation der älteren Marineoffiziere, aber auch den Nachwirkungen des Kalten Krieges zu erklären sind. So hatte ein älterer Historiker der Marine an der Führungsakademie der Bundeswehr bereits im Januar 1977 noch einmal die Vorbehalte formuliert, die zur Zurückhaltung mahnten: „Gesetzestreue Sachkenner können die Frage nach einem Gedenktag der Marine für Köbis und Reichpietsch nicht mehr stellen. Der Tatbestand der Meuterei ist in unserem Wehrstrafgesetz § 27 klar umrissen und strafbar. Daher ist es unmöglich, offensichtliche Meuterer als Vorbilder durch einen Gedenktag herauszustellen. Wer glaubt, dieser Mitglieder der USPD (Vorläufer der KPD) als Vorkämpfer und Helden der Revolution und seit 18 gedenken zu müssen, begibt sich nicht nur rechtlich, sondern auch politisch auf ein gefährliches Pflaster.“ „Bei den NATO-Marinen“, so fuhr er fort,“ kann die Bundesmarine bald nicht mehr als zuverlässig gegenüber marxistisch-leninistischen Gegnern gelten, wenn Sie selbst durch das Begehen eines feierlichen Gedenktages für Köbis und Reichpietsch eine solche marxistisch-

leninistischen Tradition aufnimmt.“ Das war starker Tobak, aber er überzeugte in Teilen immer noch.

So hielt sich auch der Inspekteur der Marine bei der anschließenden Vereidigung der Offizieranwärter im Oktober 1978 zurück. Im Mittelpunkt seiner Rede standen die Bundesflotte von 1848 und die von dieser vertretenen Ideale; 1918 erwähnte er eher beiläufig, auch wenn er natürlich die Notwendigkeit moderner Menschenführung betonte. Einem Obermaat an der Marineschule war dies dann doch zuwenig, und er schrieb daher an den Bundesminister der Verteidigung, einem SPD-Mann, Hans Apel. Dessen Antwort zeigte, wie sehr auch die politische Führungsspitze des BMVg den Kurs der Marine deckte: „Die Marine“, so die Antwort, „entzieht sich nicht ihrer eigenen Geschichte. Sie kann sich jedoch nicht bei dem bekannten Gebot zur Zurückhaltung in politisch kontroverse Auslegung historischer Vorgänge offiziell einschalten. Hier gilt das Wort des Inspektors der Marine, dass die historische Standortbestimmung unserer Marine nur in einer freien, geistigen Auseinandersetzung möglich ist. Mit anderen Worten: die Marineführung begrüßt und fördert das Interesse des einzelnen an der Historie, sie überlässt es aus Respekt vor der Meinungsfreiheit ihren Angehörigen jedoch eigene Stellung zu nehmen. Dass dieses Interesse an der Geschichte vorhanden ist, zeigt ihr Brief, für den deshalb zu danken ist.“ Sybillinischer konnte die Antwort kaum sein.

Und heute?

Heute sind diese Auseinandersetzungen Teil unserer Geschichte - nicht mehr und nicht weniger. Wer an die Marineschule geht, der sieht, wie unbefangen wir – die Marine und ihre Historiker mit und ohne Uniform - trotz mancher Unterschiede im Urteil damit umgehen. Matrosenmeuterei und Flottenvorstoß gehören seit nunmehr drei Jahrzehnten genauso zum Kanon der Ausbildung zum Offizier wie „Innere Führung“, Wehrrecht und Navigation. Und es dürfte keinen geben, der heute nicht weiß, welche Lehren er aus dieser Zeit ziehen sollte – für sich und für seine Rolle als angehender Marineoffizier. Dass Zeitgenossen andere Bilder im Kopf haben, ist nur natürlich, aber auch „verzeihlich“. Als Historiker sollte man sich freilich hüten, Staatsanwalt

und Richter zugleich zu sein. Entscheidend sind vielmehr das Verstehen und das eigene Handeln, was nicht heißt, zu verschweigen oder zu exkulpieren. Dann können wir auch unserer zu Recht immer wieder beschworenen Verantwortung durch Erinnern gerecht werden.